Deutscher Bundestag **Drucksache 18/12514**

18. Wahlperiode 29.05.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)

zu der Unterrichtung durch die Deutsche Welle
– Drucksache 18/10856, 18/11025 Nr. 1.5 –

Entwurf der Fortschreibung der Aufgabenplanung 2014 bis 2017 der Deutschen Welle für das Jahr 2017

A. Problem

Die gemeinnützige Anstalt des öffentlichen Rechts für den Auslandsrundfunk Deutsche Welle ist gesetzlich verpflichtet, für jeweils vier Jahre eine Aufgabenplanung zu erstellen und diese Aufgabenplanung jährlich fortzuschreiben.

In ihrer aktuellen Unterrichtung konstatiert die Deutsche Welle, die eingeleiteten Programm- und Strukturreformen zeigten die angestrebten Ergebnisse. Die Deutsche Welle habe das Profil ihrer journalistischen Angebote geschärft und ihre Vertriebspartnerschaften ausgebaut. Im Ergebnis sei es gelungen, ihre Reichweite deutlich zu steigern. In weiten Teilen der Welt bleibe die Deutsche Welle eine unverzichtbare „Stimme der Freiheit“.

Die Anforderungen an die Deutsche Welle sind nach eigener Darstellung weiter gestiegen. 2016 seien Konflikte wie zwischen Russland und der Ukraine, in der arabischen Welt, in Teilen Asiens und Afrikas prägend für die Arbeit gewesen. Hinzu getreten sei der weltweite Kampf gegen den Terror, die Türkei sei verstärkt ins Blickfeld gerückt, in Polen und auf dem Westbalkan hätten sich beunruhigende Tendenzen gezeigt.

Die weiter wachsenden Anforderungen an die Deutsche Welle erforderten zwingend höhere Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt. Das Potenzial der Deutschen Welle, Deutschland mit seinen Positionen in der Welt medial darzustellen, sei noch nicht ausgeschöpft, das bisherige Budget lasse jedoch im Wettbewerb mit deutlich bessergestellten Konkurrenten auf dem Medienmarkt keine Spielräume mehr.

B. Lösung

Annahme einer Entschließung, in der der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordert, die finanzielle Förderung der Deutschen Welle weiter zu steigern und die Deutsche Welle vergleichbar mit anderen europäischen Auslandssendern

auszustatten. Außerdem soll die Bundesregierung die Zusammenarbeit der Deutschen Welle mit den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten fördern und die DW Akademie nachdrücklich unterstützen, um auf diese Weise weltweit unter anderem die Meinungsfreiheit und den Zugang zu hochwertiger Information zu stärken.

Kenntnisnahme und Annahme einer Entschließung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Die Deutsche Welle finanziert sich aus einem jährlichen Zuschuss und aus Zuwendungen des Bundes sowie sonstigen Einnahmen. Für die Aufgabenplanung sind gemäß dem Deutsche-Welle-Gesetz die mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung und die Entscheidungen des Haushaltsgesetzgebers maßgeblich.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung durch die Deutsche Welle auf Drucksachen 18/10856, 18/11025 Nr. 1.5 folgende Entschließung anzunehmen:

„Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im Angesicht internationaler Krisen und Kriege wird dem Auslandsrundfunk weltweit immer größere Bedeutung beigemessen. Viele Staaten setzen erhebliche und steigende finanzielle Mittel für ihre Auslandssender und internationale Kommunikation ein. Gleichzeitig nehmen Phänomene wie gezielte Falsch- oder Desinformation im technologischen Umfeld der Digitalisierung und ein damit einhergehendes verändertes Kommunikations- und Informationsverhalten vieler Menschen erheblich zu.

Seit der Verabschiedung der Aufgabenplanung 2014 bis 2017 der Deutschen Welle durch den Rundfunkrat und der Stellungnahme des Deutschen Bundestages im Jahr 2014 (Drucksache 18/3595) haben sich die Rahmenbedingungen für den deutschen Auslandsrundfunk wesentlich verändert. Zunehmende Konkurrenz auf den internationalen Medienmärkten und ein beschleunigter technologischer Wandel stehen neben aktuellen geopolitischen Entwicklungen. Der Russland-Ukraine-Konflikt mit einer begleitenden Propagandaoffensive, der kurze sogenannte Arabische Frühling, einhergehend mit Konflikten in der arabischen Welt, der auch in Europa ausgeübte islamistische Terror, weltweite Migrationsbewegungen und die Ankunft von rund einer Million Flüchtlinge in Deutschland sowie der in der Türkei verhängte Ausnahmezustand und diplomatische Verwerfungen zwischen der Türkei und europäischen Ländern einschließlich Deutschlands seien hier genannt. Hinzu kommt in einer Reihe von europäischen Ländern das Aufkommen von populistischen und national-isolationistischen Kräften, die die parlamentarischen Demokratien herausfordern.

Die Situation der Presse- und Meinungsfreiheit hat sich weltweit in den vergangenen Jahren – teilweise dramatisch – verschlechtert. Auch in Europa sind zunehmende Bedrohungen und Einschränkungen für die Arbeit von Journalistinnen und Journalisten sowie Medienberichterstattern zu beobachten. Die Deutsche Welle ist mit ihren Journalistinnen und Journalisten davon einerseits unmittelbar betroffen. Andererseits kommt ihr als „Stimme der Freiheit“ eine wachsende Verantwortung für Meinungsfreiheit und -pluralität zu.

Mit der Fortschreibung der Aufgabenplanung dokumentiert die Deutsche Welle, dass sie die richtigen Schlussfolgerungen aus diesen Rahmenbedingungen zieht. Die gesetzten regionalen Programmschwerpunkte hat der Deutsche Bundestag bereits durch die Gewährung von Sondermitteln unterstützt. Die Ertüchtigung des englischsprachigen TV-Programms zu einem breaking-news-fähigen Kanal hat die internationale Relevanz des Senders erheblich erhöht. Der beschleunigte Umbau zu einem digitalen Medienunternehmen auf allen Ebenen unter der Devise „digital zuerst“ ist notwendig, um die Inhalte möglichst effizient auf allen heute von den Zielgruppen genutzten Medien- und Kommunikationskanälen verbreiten zu können. Verstärkte Anstrengungen in den sozialen Netzwerken dienen dem Vertrieb der Inhalte und dem Dialog mit den Nutzern. Durch den forcierten Ausbau von Vertriebspartnerschaften werden namhafte Reichweitensteigerungen erzielt.

Durch das Deutsche-Welle-Gesetz ist der Auslandsrundfunk zur Förderung der deutschen Sprache verpflichtet (§ 4 DWG). Entsprechend hat sich der Deutsche Bundestag in seiner Stellungnahme zur Aufgabenplanung 2014 bis 2017 zu den

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

deutschsprachigen Programmen bekannt. Mit der Programmreform im Februar 2017 hat die Deutsche Welle ihrem deutschsprachigen Fernsehkanal ein neues Profil als Kultursender verliehen. Die Deutsche Welle kommt damit ihrem Auftrag nach, für die europäisch gewachsene Kulturnation Deutschland in der Welt zu werben. So trägt zum Beispiel die Berichterstattung über das diesjährige Reformationsjubiläum, aber auch das Bauhaus-Jubiläum 2019 und das Beethovenjahr 2020 dazu bei, Deutschland weltweit als einzigartiges Kulturreiseziel zu präsentieren.

Es ist wichtig, professionellen Journalismus und Meinungspluralismus auch in ausgewählten Drittländern zu fördern. Deshalb stärkt die DW Akademie unabhängige Medien und Journalisten, baut Netzwerke und Schulungseinrichtungen auf, berät Regierungen und Presseräte. Mehr als 100 Millionen Menschen profitieren davon. Nachhaltige Strategien brauchen langfristige Projekte, verlässliche Partner und eine verlässliche Finanzierung.

Die Deutsche Welle sieht im Entwurf der Fortschreibung der Aufgabenplanung als künftige Zielgruppe auch „Ausländer, die sich temporär in Deutschland aufhalten“, beispielsweise Flüchtlinge, Touristen und Geschäftsreisende, an. Unter der Überschrift „Fortentwicklung des Programmauftrags“ spricht sie sich dafür aus, dass die in das Ausland ausgestrahlten Fernsehprogramme in englischer, spanischer und arabischer Sprache Ausländern im Inland verfügbar gemacht werden sollten. Als Vorbild wird die erfolgreiche Bereitstellung von „DW Arabia 2“ für Flüchtlinge aus der arabischen Welt in Deutschland genannt (Drucksache 18/10856, S. 10). Der Deutsche Bundestag spricht sich dafür aus, u. a. die wettbewerblichen Auswirkungen einer Ausweitung der Deutsche-Welle-Programme für die Anbieter auf den nationalen Medienmärkten sorgfältig zu prüfen. Sollte eine solche Programmausdehnung in das Inland erwogen werden, müsste sie rechtssicher ausgestaltet werden.

Die Deutsche Welle hält ihr Entwicklungspotenzial, „Deutschland mit seinen Positionen in der Welt medial darzustellen“, für „noch nicht ausgeschöpft“ (Drucksache 18/10856, S. 11). Der Deutsche Bundestag teilt diese Sichtweise. Er begrüßt, dass die Deutsche Welle sich in ihrer Aufgabenplanung selbst 150 Millionen wöchentliche Nutzerkontakte als Ziel gesetzt hat.

Dazu ist es notwendig, für eine angemessene finanzielle Ausstattung zu sorgen und die bereits erreichten beträchtlichen Haushaltsaufwüchse der letzten Jahre zu verstetigen. 2017 erhält die Deutsche Welle aus dem Etat der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien einen Bundeszuschuss in Höhe von 325,1 Mio. Euro. Hinzu kommen Projektförderungen aus dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Dies entspricht einer Steigerung von rund acht Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Der Deutsche Bundestag erkennt die mit dem Eckwertebeschluss der Bundesregierung für den Bundeshaushalt 2018 erreichten Aufwüchse ausdrücklich an. Dieser sieht dauerhaft zusätzliche Mittel in Höhe von 25,728 Mio. Euro vor, davon 14,5 Mio. Euro für das Programm, anteilig 6,228 Mio. Euro zum Ausgleich von Mehrausgaben im Personalbereich und 5 Mio. Euro für Investitionen. Durch die investiven Mittel wird die Deutsche Welle u. a. in die Lage versetzt, erforderliche Investitionen zur Unterstützung ihrer IT-Strategie vorzunehmen. Das Parlament als Haushaltsgesetzgeber ist schon in den vergangenen Jahren darauf bedacht gewesen, nicht nur programmliche Maßnahmen zu fördern, sondern nachhaltig in die Infrastruktur des Senders zu investieren.

So erfreulich die seit 2005 erzielten Aufwüchse sind, zeigt der Vergleich der Ausstattung mit dem weltweiten Angebot der BBC (524 Mio. Euro im Jahr 2017) und

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

des französischen Auslandsrundfunks (380,5 Mio. Euro.) doch, dass der Bund in seinen Anstrengungen zur Förderung der DW nicht nachlassen darf.

Der Sender und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben auch in den von gekürzten und bis zuletzt begrenzten Budgets geprägten Jahren anerkennenswerte und hervorragende Arbeit geleistet und Deutschland in der Welt würdig repräsentiert. Die aufgrund limitierter Finanzmittel notwendig gewordenen Umbaumaßnahmen haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gut und motiviert bewältigt, wofür ihnen der Deutsche Bundestag herzlich dankt.

Der Deutsche Bundestag unterstützt den von der Deutschen Welle vorgelegten Entwurf der Fortschreibung der Aufgabenplanung 2014 bis 2017 für das Jahr 2017 und fordert die Bundesregierung auf:

1. sich für eine weitere Anhebung der Förderung der Deutschen Welle einzusetzen. Die Deutsche Welle muss finanziell vergleichbar mit anderen großen europäischen Auslandssendern ausgestattet sein. Dies steht im Einklang mit dem Beschluss des Haushaltsauschusses des Deutschen Bundestages in seiner Sitzung am 10. November 2016: „Die Bundesregierung wird aufgefordert, vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung der Deutschen Welle im Zusammenhang mit den neuen internationalen Herausforderungen die haushaltsmäßige Ausstattung der Deutschen Welle neu zu bewerten und sich in der künftigen Höhe der finanziellen Ausstattung an dem Beispiel des Senders in Frankreich zu orientieren“ (Ausschussdrucksache 18(8)4015),

2. den weiteren Ausbau der bewährten Zusammenarbeit der Deutschen Welle mit ARD-Landesrundfunkanstalten, ZDF und Deutschlandradio unter Wahrung der Interessen und der Rechte der Urheber zu begleiten und zu fördern,

3. die Arbeit der DW Akademie nachdrücklich zu unterstützen und auf diese Weise Meinungsfreiheit, digitale Teilhabe sowie Erstellung von und Zugang zu qualitativ hochwertigen Informationen weltweit zu stärken.“

Berlin, den 17. Mai 2017

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Siegmund Ehrmann
Vorsitzender

Marco Wanderwitz
Berichterstatter

Martin Dörmann
Berichterstatter

Harald Petzold (Havelland)
Berichterstatter

Tabea Rößner
Berichterstatterin

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Marco Wanderwitz, Martin Dörmann, Harald Petzold (Havelland) und Tabea Rößner

I. Überweisung

Die Unterrichtung durch die Deutsche Welle auf **Drucksache 18/10856** wurde gemäß § 80 Absatz 3 der Geschäftsordnung am 27. Januar 2017 (Drucksache 18/11025 Nr. 1.5) zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen. Zur Mitberatung wurde die Vorlage an den Auswärtigen Ausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Tourismus und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

In ihrer aktuellen Unterrichtung konstatiert die Deutsche Welle, die eingeleiteten Programm- und Strukturreformen zeigten die angestrebten Ergebnisse. Die Deutsche Welle habe das Profil ihrer journalistischen Angebote geschärft und ihre Vertriebspartnerschaften ausgebaut. Im Ergebnis sei es gelungen, ihre Reichweite deutlich zu steigern. In weiten Teilen der Welt bleibe die Deutsche Welle eine unverzichtbare „Stimme der Freiheit“.

Die Anforderungen an die Deutsche Welle sind nach eigener Darstellung weiter gestiegen. 2016 seien Konflikte wie zwischen Russland und der Ukraine, in der arabischen Welt, in Teilen Asiens und Afrikas prägend für die Arbeit gewesen. Hinzu getreten sei der weltweite Kampf gegen den Terror, die Türkei sei verstärkt ins Blickfeld gerückt, in Polen und auf dem Westbalkan hätten sich beunruhigende Tendenzen gezeigt.

Die weiter wachsenden Anforderungen an die Deutsche Welle erforderten zwingend höhere Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt. Das Potenzial der Deutschen Welle, Deutschland mit seinen Positionen in der Welt medial darzustellen, sei noch nicht ausgeschöpft, das bisherige Budget lasse jedoch im Wettbewerb mit deutlich bessergestellten Konkurrenten auf dem Medienmarkt keine Spielräume mehr.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** empfahl in seiner 90. Sitzung am 15. Februar 2017 Kenntnisnahme.

Der **Haushaltsausschuss** empfahl in seiner 106. Sitzung am 17. Mai 2017 Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Tourismus** empfahl in seiner 72. Sitzung am 17. Mai 2017 Kenntnisnahme und Annahme einer von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD eingebrachten Entschließung (Ausschussdrucksache 18(22)244) mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** empfahl in seiner 86. Sitzung am 17. Mai 2017 Kenntnisnahme und Annahme einer von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD eingebrachten Entschließung (Ausschussdrucksache 18(22)244) mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** empfahl in seiner 83. Sitzung am 17. Mai 2017 Kenntnisnahme und die Annahme einer von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf Ausschussdrucksache 18(22)244 vorgelegten Entschließung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Die **Fraktion der CDU/CSU** warb um Zustimmung für die von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD vorgelegte Entschließung (Ausschussdrucksache 18(22)244), um so ein starkes Signal zugunsten der Deutschen Welle an den nächsten Deutschen Bundestag auszusenden. Wenn die Deutsche Welle ihre definierten Zielgruppen erreichen wolle, müsse sie auf ein vorwiegend englischsprachiges Angebot setzen. Über diese Ausrichtung und die Breaking-News-Fähigkeit der Deutschen Welle habe man im Ausschuss mehrfach diskutiert. Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD hätten die Entwicklung von Anfang an positiv gesehen, weil damit schlicht die Fakten anerkannt würden. Auch alle Wettbewerber um die Meinungsführerschaft in der Welt setzten auf englische Angebote. Wollte man alle Zielgruppen in ihrer Landessprache ansprechen, sei das weit jenseits der finanziellen Ressourcen, die selbst bei einer Ausweitung des DW-Budgets erreicht werden könnten.

Bedenken gegen das Engagement der Deutschen Welle im Inland seien nachvollziehbar. Allerdings befinde man sich in einer besonderen Situation. Derzeit sei der Anteil derjenigen, die sich temporär in Deutschland aufhielten, ungewöhnlich groß. Deshalb sei die Idee nicht abwegig, diese Menschen über die Deutsche Welle anzusprechen. Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD seien daher bereit, sich das Engagement der Deutschen Welle im Inland – wenn auch ohne Euphorie – näher anzuschauen.

Defizite der Deutschen Welle beim Einsatz für die deutsche Sprache gemäß § 4 Deutsche-Welle-Gesetz gebe es nicht. Mit ihrem neuen deutschsprachigen Kulturkanal werde die Rundfunkanstalt ihrem Anspruch und ihrer Aufgabe gerecht. Am Ende sei entscheidend, ob Angebote ihr Publikum erreichten. Die Kombination von Internet-, Social-Media- und TV-Angebot in Deutsch lasse hoffen, dass sich die Reichweite wieder erhöhe, die für die deutschsprachigen Angebote zuletzt leider eher gering gewesen sei.

Angesichts dessen, was wünschenswert und gleichzeitig machbar erscheine, sei viel zugunsten des deutschen Auslandssenders erreicht. Es bleibe eine Herausforderung, möglichst viel Programm in möglichst vielen Sprachen anzubieten.

Die **Fraktion der SPD** skizzierte das globale Umfeld, in dem die Deutsche Welle agiert. Propagandasender, die Verbreitung von Fake News und die Verfolgung von Journalistinnen und Journalisten seien dafür kennzeichnend. Die Bedeutung der Deutschen Welle sei daher weiter gewachsen.

Am Beginn der Wahlperiode habe die Koalition aus CDU/CSU und SPD versprochen, den Sender zu stärken. Die Deutsche Welle habe daher in jedem Haushaltsjahr zweistellige Millionenbeträge zusätzlich erhalten. Diese Entwicklung wollten die beiden Fraktionen nun noch verstärken. In der nächsten Wahlperiode müsse die Deutsche Welle finanziell mindestens auf das Niveau des französischen Auslandssenders gehoben werden. Bisher gebe es hier noch eine Differenz von rund 60 Mio. Euro im Jahresbudget. BBC World sei sogar noch deutlich bessergestellt. Wenn die Ressourcen der Deutschen Welle vergrößert würden, komme das nicht zuletzt den Beschäftigten zugute. Nach einem intensiven Dialog über die Aufgabenplanung sei die Stimmung in der Belegschaft inzwischen exzellent. Alle Sorgen aus der Vergangenheit seien ausgeräumt.

Mit ihrem Entschließungsantrag wollten die Fraktionen der CDU/CSU und SPD den nächsten Schritt politisch unterstützen. Die Bundesregierung werde aufgerufen, sich bei der Budgetplanung an einem Beschluss des Haushaltsausschusses von November 2016 zu orientieren. Im Ergebnis vergrößerten sich die Chancen freier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Festanstellung, auch zusätzliche Sprachangebote würden dann möglich.

Unterstützen wollten CDU/CSU und SPD auch die DW Akademie, die im Bereich der journalistischen Ausbildung eine wichtige Rolle spiele.

Die **Fraktion DIE LINKE.** verwies auf ihren Entschließungsantrag, den sie zur Beratung der Aufgabenplanung 2014 bis 2017 eingebracht hatte (vgl. Drucksache 18/3595). Die Kritik der Fraktion sei vorrangig auf den forcierten Umbau der Deutschen Welle in einen im Wesentlichen englischsprachigen Nachrichtensender gerichtet gewesen. Die einseitige Ausrichtung auf Meinungsbildner und Entscheidungsträger habe die Fraktion dabei ebenfalls abgelehnt.

Genau diesen Umbau wolle die Koalition aus CDU/CSU und SPD nun weiter vorantreiben. Die Fraktion DIE LINKE. wende sich nicht gegen seriöse Informationen in Zeiten, in denen die Presse- und Meinungsfreiheit in vielen Ländern bedroht sei. Die Neuausrichtung der Deutschen Welle widerspreche jedoch ihrem Auftrag und ihrer Aufgabenstellung gemäß § 4 Deutsche-Welle-Gesetz. Qualität und Unabhängigkeit der DW müssten garantiert bleiben, Sendungen in deutscher Sprache seien schwerpunktmäßig zu erhalten. Außerdem gelte es, prekäre Beschäftigungsverhältnisse im Sender durch Festanstellungen zu ersetzen. Kritisch betrachte die Fraktion auch

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

die angekündigte Fortentwicklung des Programmauftrages zugunsten von TV-Angeboten im Inland. Daher lehne die Fraktion den Entschließungsantrag von CDU/CSU und SPD ab.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellte fest, dass unabhängige Berichterstattung ein zentrales medienpolitisches Anliegen sein müsse. Gerade auf unfreien Medienmärkten könne die Deutsche Welle einen Beitrag leisten. Deshalb begrüße die Fraktion die finanzielle Besserstellung des Senders und eine Verstetigung seiner Finanzierung, die nicht zuletzt dazu dienten, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angemessen bezahlen zu können.

Der Ausbau der digitalen Angebote der Deutschen Welle sei ebenfalls richtig, vor allem in jenen Regionen der Welt, in denen sich eine junge Bevölkerung vorwiegend über das Internet informiere. Wo einheimische Medien unter wachsenden Druck gerieten – wie in der Türkei oder in Russland –, könne die Deutsche Welle eine mediale Alternative bieten.

Was im Entschließungsantrag von CDU/CSU und SPD völlig fehle, sei eine kritische Perspektive. Weder die übermäßige Fokussierung auf englischsprachige Programme noch die Ausweitung des Programms im Inland werde angemessen aufgearbeitet. Zu kurz falle auch die Würdigung der Arbeit der DW Akademie aus. Für die Fraktion komme so nur Stimmenthaltung infrage.

Berlin, den 17. Mai 2017

Marco Wanderwitz
Berichterstatter

Martin Dörmann
Berichterstatter

Harald Petzold (Havelland)
Berichterstatter

Tabea Rößner
Berichterstatterin

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.